

Juncker will Euro-Gruppe zu Ministerrat aufwerten

Luxemburgischer Ministerpräsident hält mehr Kontrollbefugnisse für EU-Kommission für notwendig

bü./Ho. BRÜSSEL, 16. Juni. Aus der informellen Euro-Gruppe muß nach Ansicht des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker spätestens nach der Ost-Erweiterung der Europäischen Union ein formeller Ministerrat hervorgehen. „Das würde das Gesamtbewußtsein für den Euro und die europäische Stabilitätspolitik schärfen“, sagte Juncker im Gespräch mit dieser Zeitung.

An den Treffen der Euro-Gruppe nehmen bisher nur die Finanzminister aus den zwölf Mitgliedstaaten teil, die den Euro bereits eingeführt haben. Die Aufgabe der Gruppe besteht in der Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der zwölf Staaten. Juncker verlangt nun, die Gruppe zu einem formellen Ministerrat aufzuwerten. Dafür müßte allerdings der EU-Vertrag geändert werden; das könnte Juncker zufolge bei der im Jahr 2004 anstehenden Regierungskonferenz zur EU-Reform geschehen. Es sei nicht hinzunehmen, daß mehr als die Hälfte der künftig 25 Mitgliedstaaten von der Beratung zentraler Themen ausgeschlossen würden, urteilt der luxemburgische Ministerpräsident. Er erwartet allerdings, daß sich vor allem Großbritannien und Schweden einer Ausweitung des Gremiums widersetzen werden. Diese Länder haben ebenso wie Dänemark den Euro bislang nicht eingeführt. Sollten sie sich nun in die Euro-Gruppe einbinden lassen, würde dies als Vorentscheidung verstanden werden, der Währungsunion in absehbarer Zeit beizutreten.

Die Europäische Kommission beansprucht seit längerem mehr Gewicht in der Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Juncker unterstützt diese Forderung im Grundsatz. „In der Sache überzogen“ sei aber der Vorschlag, daß die Regierungen Kommissionsempfehlungen wie etwa Abmahnungen wegen eines zu hohen Haushaltsdefi-

Vorschlag zustimmen werde, sagt Juncker voraus. Er bekräftigte seine Forderung, die Amtszeit des Vorsitzenden der Euro-Gruppe über die geltenden sechs Monate hinaus auszuweiten. Der Wechsel des Vorsitzes im Rhythmus der halbjährlichen EU-Präsidentschaft lasse eine kontinuierliche Zusammenarbeit und enge Verzahnung mit der Europäischen Zentralbank nicht zu.

Angesichts der Bestrebungen Frankreichs, das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2004 in Frage zu stellen, warnte er vor jeglicher Aufweichung des Stabilitätspaktes. „Einige Monate nach der Einführung des Euro-Bargeldes darf die Stabilität nicht kleingeredet werden“, sagte Juncker, der zugleich Finanzminister des Großherzogtums ist. Allerdings dürften Kommission und EU-Regierungen nicht einer „rein mechanischen Anwendung“ des Regelwerks das Wort reden. In Phasen robusten Wachstums sei eine andere Stabilitätspolitik erforderlich als in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation. Wenn die Haushaltsdisziplin Einsparungen bei den investiven Ausgaben des Staates notwendig mache, sollten sich die Mitgliedsländer im Detail darüber abstimmen, welche Projekte wachstums- oder infrastrukturfördernde Wirkungen hätten, sagte Juncker. „Wir sollten die nationalen Budgets in solchen Fällen behandeln, als wären sie ein einziger großer Euro-Haushalt.“



Foto: Helmut Fricke

Jean-Claude Juncker

zits nur noch einstimmig zurückweisen könnten. Das scheitere schon daran, daß dann große Teile der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Kontrolle durch die nationalen Parlamente entzogen würden. „Die Kommission, die das Einstimmigkeitsprinzip stets geißelt, mißt ihm plötzlich Tugenden bei, weil es ihr nutzt.“ Es gebe niemanden, der diesem